

Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts

Ulla Plener

1. Programm und Organisationsstatut – die Grundlagen für Parteidisziplin

„Jede Körperschaft, jede größere Gemeinschaft, die auf der Mitwirkung mehrerer Einzelmenschen beruht, bedarf der Disziplin, d. h. der Unterordnung des Einzelnen, ohne die ein Zusammenwirken unmöglich ist“, so definierte Rosa Luxemburg im Dezember 1914 Disziplin. Im Unterschied zu anderen Arten der Disziplin (in Fabrik, Militär, Staat), die sich auf äußeren Zwang gründeten, beruhe „die sozialdemokratische auf freiwilliger Unterordnung“, schrieb sie weiter, denn: „In die sozialdemokratische Partei tritt man freiwillig ein, indem man sich freiwillig dem Massenwillen dieser Partei fügt, um diesen Willen auf sozialem und politischem Gebiete zur Tat zu machen.“ – „Was dieser Wille aber jederzeit bedeutet, darüber gibt das Programm der Partei klaren und unzweideutigen Aufschluss, darüber geben Parteitagsbeschlüsse sowie Beschlüsse der internationalen Kongresse Bescheid, an denen die Partei teilgenommen hat.“ Also: „die Parteidisziplin durchzuführen – das heißt, Parteiprogramm und die Beschlüsse der Gesamtpartei zur Anwendung zu bringen [...] Was für jeden Staatsbürger und Soldaten der Zwang des Gesetzes, das ist für jeden Sozialdemokraten die bindende Kraft des Parteiprogramms.“¹

Den organisatorischen Rahmen dafür bildeten in der Sozialdemokratie, so auch in der deutschen, die Organisationsstatuten.

Dazu ein Exkurs:

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, also unter Bedingungen der Legalität, waren das die Statuten von 1890, ergänzt 1896; von 1900, ergänzt 1903; von 1905, 1909 und 1912. Die prinzipielle Grundlage für die Parteimitgliedschaft bildete das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (Paragraph 1); zur Partei könne „nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat“ (Paragraph 2).² Dabei wurde die Parteizugehörigkeit schrittweise präzisiert. Während es im Statut, angenommen vom Parteitag im Oktober 1890 in Halle, in Paragraph 1 lediglich hieß: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Programms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt“, bestimmte das vom Parteitag in Mainz 1900 angenommene Statut den zweiten Teil dieses Satzes wie folgt: „und die Partei

1 Rosa Luxemburg: Parteidisziplin, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.15f.

2 Zitiert nach: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden DMGdA), Bd. III, Berlin 1974, S.340f.

dauernd durch Geldmittel unterstützt“.³ Nachdem nämlich im November 1899 die sogenannte Zuchthausvorlage, die die Rechte der Arbeiter und ihrer Verbände einschränken sollte, im Reichstag abgelehnt worden war, schrieb August Bebel an Victor Adler am 5. Dezember 1899: „Damit kommen wir in die Lage, unsere Organisation umzuändern, und wie ich hoffe in einem Sinne, dass es den Mitläufern etwas erschwert wird, sich künftig Parteigenossen zu nennen, ohne irgendeine Verpflichtung weder in Bezug auf Leistung, noch auf Anerkennung des Programms zu übernehmen.“⁴

Letzteres fand seinen Niederschlag auch in der statutarisch festgelegten obligatorischen Gebundenheit jedes Parteimitglieds an eine bestimmte Parteiorganisation. Im Paragraph 2 des Statuts von 1900 hieß es nunmehr: „Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise“ (nach denen die Partei organisiert war).⁵ Etwas abgewandelt, aber dem Sinne nach gleich, bestimmte das Statut von 1903 in Paragraph 2: „In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluss eines Mitglieds aus der betreffenden Organisation dem Ausschluss aus der Gesamtpartei gleich zu achten“.⁶ Das Statut von 1905 bestimmte in einem neu eingefügten Abschnitt „Gliederung“ in Paragraph 4: „Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse [...] als Mitglied anzugehören hat“; in Paragraph 6 dieses Abschnitts tauchte als Begriff „Mitgliedsbeiträge“ auf.⁷ Diese Bestimmungen enthielten auch die Statuten von 1909 und 1912. Im Statut von 1909 wurde der 2. Satzteil des Paragraphen 1 präzisiert: „und Mitglied der Parteiorganisation ist“.⁸ So auch im letzten Statut (vor dem Zerfall der Partei nach 1914) von 1912. Die Kompetenzen der Parteileitung (seit 1900 Parteivorstand [PV]) bestimmte das Statut von 1890 in Paragraph 15: „Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Tätigkeit Bericht.“⁹ Auf dem Parteitag in Gotha (Oktober 1896) wurde mit einer „Resolution zur veränderten Organisation der Partei“ eine Parteikontrollkommission eingesetzt. Seit 1900 enthielten die Statuten einen Abschnitt über die Kontrollkommission – sie sollte zur „Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand“ vom Parteitag gewählt werden¹⁰ (Paragraph 17; 1905: Paragraph 24; 1909: Paragraph 20; 1912: Paragraph 23); über den PV hieß es wie

3 Ebenda, Bd. IV, Berlin 1967, S.55.

4 Zit. nach Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S.537.

5 DMGdA, Bd. IV, S.55.

6 Ebenda, Bd. IV, S.98.

7 Ebenda, Reihe I, Bd. 5, Berlin 1962, S.72.

8 Ebenda, S.432.

9 Ebenda, Bd. III, S.343.

10 Ebenda, Bd. IV, S.58f.

schon 1890, er „besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane“.¹¹ So auch in den Statuten von 1905 (Paragraph 23), 1909 und 1912 (jeweils Paragraph 19).

Das Statut von 1905 erhielt einen Abschnitt „Berichterstattung“, in dem bestimmt wurde, die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine hätten „jährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten“ (in den Statuten von 1909 und 1912: nach einem Fragebogen des Parteivorstandes), der Angaben enthalten musste über: „Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder“.¹²

Speziell zur Disziplin hieß es in der vom Parteitag in Erfurt 1891 angenommenen (von August Bebel eingebrachten und begründeten) Resolution „Die Taktik der Partei“: „Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, dass er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, dass eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt. Der Parteitag erklärt ausdrücklich, dass die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, dass diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen.“¹³ Den Zentralismus der deutschen Partei erläuterte Bebel in einem Brief an Pieter Jelles Troelstra vom 2. Februar 1894: „Bekanntlich sind die englischen Arbeiterorganisationen sehr für lokale Selbständigkeit eingenommen, wir Deutschen, die wir den Kampf mit einer starken Staatsgewalt aufzunehmen haben, sind für möglichst stramme Zentralisation, für das Zusammenfassen der Kräfte und gleichzeitiges gemeinsames Handeln von allen Punkten aus.“¹⁴

Die statutarischen Bestimmungen waren auf die Einheit des Willens der Partei in der Aktion gerichtet – die Freiheit der Diskussion behinderte das nicht, wie u. a. die Revisionismus- und die Massenstreikdebatten 1898-1913 zeigten.

2. Einheit in der Aktion – Messlatte für Disziplin

Die Organisationsprinzipien der deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel bildeten das Vorbild für Lenin im Ringen um eine revolutionäre Arbeiterpartei in Russland im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, als es dort galt, unter ille-

11 Ebenda, S.58.

12 Ebenda, Reihe I, Bd. 5, S.73.

13 Ebenda, Bd. III, S.385.

14 August Bebel: Vorwort zum Sammelband „12 Jahre“, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 5, München u. a. 1995, S.44/45.

galen Bedingungen aus vielen Gruppen und Zirkeln eine – wegen der angestrebten Einheit des Willens in der Aktion – zentral geleitete Partei zu schaffen. In dieses (und nur in dieses) Ringen ordneten sich seine Arbeiten „Was tun?“ (1902) und „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ (1904) ein, wie Lenin 1908 hervorgehoben hatte.¹⁵ Mitnichten hatte er damit eine (gar „seine“) „Lehre von der Partei neuen Typus“ begründet. Im besonderen die Parteidisziplin betreffend, formulierte Lenin 1906, als durch die Revolution die Legalität der Partei errungen war, im Gefolge von Bebel und Kautsky: „Grundsätzlich haben wir schon wiederholt unsere Ansichten über die Bedeutung der Disziplin und den Begriff Disziplin in der Arbeiterpartei dargelegt. *Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik* – so lautet unsere Definition. Nur eine solche Disziplin ist der demokratischen Partei der fortgeschrittensten Klasse würdig. Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns [...] (Aber) Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt. Deshalb erkennt das Proletariat keine Einheit der Aktion ohne Freiheit der Diskussion und der Kritik an. Deshalb dürfen klassenbewusste Arbeiter niemals vergessen, dass es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, dass der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird.“¹⁶ Den „ideologischen Inhalt“ der Organisation bildeten eben Programm und Beschlüsse der Partei.

Daran gemessen bedeutete die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 eine ernsthafte Verletzung der Prinzipien, nämlich der Antikriegsbeschlüsse der sozialistischen Internationale von 1907, 1910 und 1912. Die Fraktion war es, die mit ihrer Entscheidung die Parteidisziplin gebrochen hatte. Als Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte, handelte er den Antikriegsbeschlüssen der Internationale, die von der deutschen Partei mitgetragen worden waren, entsprechend – er beging also keinen Disziplinbruch. Das stellte Rosa Luxemburg am 4. Dezember 1914 in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ klar.¹⁷

Während die Antikriegsbeschlüsse der Internationale 1907-1912 eindeutig waren und deshalb die Zustimmung zu den Kriegskrediten einen klaren Disziplinbruch bedeutete, ist es wohl mit der von Rosa Luxemburg postulierten jederzeitigen Klarheit und Unzweideutigkeit des Parteiprogramms als Messlatte für Parteidisziplin komplizierter: Abgesehen davon, dass es in der Praxis der

15 Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 13, S.94, 99f.

16 W. I. Lenin: Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin, in: Werke, Bd. 11, S.314f. Hervorhebung von L. Empfehlenswert für die Korrektur der üblichen Darstellung der (angeblichen) Parteauffassung Lenins seine weiteren Ausführungen im zitierten Artikel von 1906.

17 Siehe Luxemburg, Parteidisziplin, S.15-17.

Arbeiterbewegung meistens nicht nur eine Partei gab, die sich auf das sozialistische Ziel bezog, wurde das Programm in der jeweiligen Partei nicht unbedingt einheitlich ausgelegt, denn auch in ihr waren unvermeidlich (sozial, politisch, geistig) verschiedene Kräfte vereint. Das bedingten schon der Widerspruch der Klassenlage des Proletariats im Kapitalismus (darunter der Doppelcharakter der kapitalistischen Lohnarbeit) und darüber hinaus Unterschiede bei Bildungsstand, (Un-)Sicherheit der sozialen Existenz, persönlicher und kollektiver (Klassenkampf-)Erfahrung u.a.m. Das alles führte (und führt) objektiv zur Differenzierung in der Arbeiterklasse und bei den anderen sozialen Kräften, die sich ihr zuwandten, was sich in der organisierten Arbeiterbewegung, so auch in einer Arbeiterpartei, widerspiegelte.¹⁸

Da kann wohl in der Tat nur über die Freiheit der Diskussion und der Kritik (auch des gültigen Parteiprogramms) die Einheit in der Aktion – um diese geht es letztendlich – erreicht werden, die allein die Partei – bzw. die von ihr (mit-)vertretene Bewegung – dem angestrebten (nächsten und Fern-) Ziel näher bringt und also in der Partei Messlatte für Disziplin sein sollte.

So gesehen war der 1917 (als es darum ging, den Krieg schnellstmöglich zu beenden) durch die Gründung der USPD, die Spartakusgruppe darin eingeschlossen, vollzogene Bruch mit der „Mutterpartei“ gerechtfertigt und kein Disziplinbruch.

3. Zu Lenins Disziplinverständnis 1919-1922

Da es in der aktuellen Diskussion vor allem um Erfahrung und Scheitern des Parteikommunismus im 20. Jahrhundert geht, wobei oft auf Lenin Bezug genommen wird, sei im folgenden auf Lenins Disziplinverständnis eingegangen.¹⁹ Seine oben zitierte Definition der Parteidisziplin 1906 lag auch seinen späteren Ausführungen dazu und seiner Praxis zugrunde.

1920 erläuterte Lenin im Vorfeld des 2. Kongresses der Komintern die „unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin“ als eine der Grundvoraussetzungen des Erfolgs der Bolschewiki – und hob die Bedingungen, unter welchen diese möglich wird, besonders hervor: „Und da taucht vor allem die Frage auf: wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt?“ Und er antwortete:

1. durch Klassenbewusstsein, Ausdauer, Selbstaufopferung, Heroismus der Parteimitglieder; 2. durch die Fähigkeit der Partei, der Parteimitglieder, sich mit den breitesten werktätigen Massen zu verbinden; 3. durch die Richtigkeit der politischen Führung, „unter der Bedingung, dass sich die breitesten Massen *durch die eigene Erfahrung* von dieser Richtigkeit überzeugen“. Ohne diese Bedingungen

18 Siehe Ulla Plener: Arbeiterbewegung – demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, S.178-183.

19 Siehe Ulla Plener: Lenin über Parteidisziplin. Ein Exkurs, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1998, H.4, S.56-64.

würden „die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce“ werden. Das langwierige Bemühen um diese Bedingungen werde durch die richtige revolutionäre Theorie erleichtert, die ihrerseits kein Dogma sei, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung Gestalt annehme.²⁰ An anderer Stelle derselben Schrift beschrieb Lenin den Parteibegriff und die Disziplin als Fähigkeit zur Konsequenz, zur Vereinigung, zu geschlossenem Vorgehen und – wiederum – zum Erwerb des Vertrauens bei den Massen.²¹ Die im Juli 1920 auf dem 2. Kongress der Komintern (KI) angenommenen 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI waren von Zinov'ev (nicht von Lenin) ausgearbeitet worden.²² Gefordert wurde, Parlamentsfraktionen, Presse, Verlage der Parteien völlig deren Zentralkomitees unterzuordnen, die Parteien selbst nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufzubauen und dort, wo sie legal arbeiteten, periodisch durch Reinigungen (Umregistrierungen) „systematisch von kleinbürgerlichen Elementen zu säubern“. Wörtlich in Punkt 13: „In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei ihre Pflicht nur dann erfüllen können, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.“²³ Dieser Punkt wurde später zur Richtschnur bei der Stalinisierung der KI-Parteien. Festzuhalten ist aber, dass diese Forderungen an die „gegenwärtige Epoche des verschärften Bürgerkriegs“ (Mitte 1920) und die dem Parteizentrum zu erteilenden weitgehenden (nicht absoluten) Vollmachten sowie an das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft zum Führungszentrum der Partei gebunden waren. „Autoritatives Organ“ – russ.: avtoritetnyj or-

20 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S.8/9. Hervorhebung von Lenin.

21 Ebenda, S.29. Siehe August Bebel (am 3.2.1893) zu Autorität: „Sehen Sie, meine Herren, das ist eben der große Vorzug, dass wir keine Autoritäten besitzen. Wenn bei uns eine Autorität besteht, dann ist das die selbsterworbene Autorität der einzelnen Personen, das ist die Autorität, die der einzelne sich erwirbt durch seine Tätigkeit, durch seine Fähigkeiten, durch seine Opferwilligkeit, durch seine Hingabe für die Sache. Keine andere gibt es; eine künstliche, eine gemachte Autorität kennen wir nicht. Und die Parteigenossen, die einen Mann (!) vor sich zu haben glauben, der ihre Interessen voll und ganz vertritt, übertragen ihm selbstverständlich die Vertrauensstellungen, die sie zu vergeben haben, und nur insofern kommt dieser in eine gewisse autoritative Stellung.“ (Zit. nach: Bebel. Worte, ausgewählt von Heinrich und Hilde Gemkow, Berlin 1989, S. 33f.)

22 Siehe Friedrich Firsov: Lenins Konzeption einer kommunistischen Weltpartei und die Entwicklung der Komintern, in: Theodor Bergmann u. a. (Hrsg.): Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz 1994, S.248: „Dieses Dokument war 1920 mit Sinov'jevs Unterschrift veröffentlicht worden, aber seit den mittzwanziger Jahren wurde es Lenin zugeschrieben und seit der 2. Auflage von Lenins Werken in diese aufgenommen.“

23 Hier zit. nach W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, in: Werke, Bd. 31, S.197. Siehe Anm. 22.

gan, – meinte ein von Autorität, also wiederum von Vertrauen getragenes (nicht etwa autoritäres) Organ. Diese Bedingungen wurden später, auch von Zinov'ev, völlig übergangen.

Ausführungen Lenins im Jahre 1920 zum Parteaufbau kurz nach dem 2. Kongress der KI zeigen, dass er nach wie vor grundsätzlich ein demokratisches Disziplinverständnis verfocht. So indem er auf der IX. Allrussischen Konferenz der KPR(B) im September 1920 die vom Moskauer Parteikomitee eingebrachte Resolution „Zu Fragen des Parteaufbaus“ unterstützte: Sie enthalte „die richtige, marxistische Orientierung“.²⁴

Diese Resolution wurde auf dem X. Parteitag 1921 – neben der Resolution über die Einheit der Partei – bestätigt. Ihr erster Punkt lautete: „Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt grundsätzlich die Suche nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Form der Parteiorganisation und der Methoden ihrer Arbeit ab. Im Gegenteil, die Organisationsform und die Arbeitsmethoden werden ganz und gar von den Besonderheiten der gegebenen konkret-historischen Situation und den Aufgaben bestimmt, die sich aus dieser Situation unmittelbar ergeben.“ Es wurden dann die Widersprüche der vorangegangenen Bürgerkriegszeit, die u. a. zu militärischen Arbeitsmethoden sowie zur Aufblähung des bürokratischen (Partei)Apparats und der Tendenz seiner Verselbständigung geführt hatten, beschrieben. Der Eintritt in einen neuen Zeitabschnitt unter äußeren Friedensbedingungen erfordere neue Organisationsformen, und dies sei die „Form der Arbeiterdemokratie“, worunter „eine solche Organisationsform bei der Durchführung der kommunistischen Parteipolitik zu verstehen (sei), die allen Mitgliedern der Partei, eingeschlossen die am meisten zurückgebliebenen, die aktive Teilnahme am Leben der Partei, an der Beratung aller vor ihr stehenden Fragen, an der Entscheidung dieser Fragen ebenso wie die aktive Teilnahme am Parteaufbau sichert. Die Form der Arbeiterdemokratie schließt jegliches Ernennen als System aus und findet ihren Ausdruck in der breiten Wählbarkeit aller Institutionen von unten nach oben, deren Rechenschaftspflicht, Kontrollierbarkeit usw. Die Arbeitsmethoden sind vor allem breite Beratung aller wichtigen Fragen, Diskussion darüber mit voller Freiheit der innerparteilichen Kritik, Methoden des kollektiven Erarbeitens von Beschlüssen der Gesamtpartei [...] Es versteht sich von selbst, dass nach ihrer Annahme diese Beschlüsse verbindlich und schnellstens zu verwirklichen sind“. Im Abschnitt „Arbeiterdemokratie und innerparteiliches Leben“ wurden u.a. die Öffentlichkeit der Sitzungen leitender Parteiorgane, ständige Kontrolle der Führungsgremien seitens der „öffentlichen Meinung der Partei“, eine ständige sachliche Zusammenarbeit dieser Gremien und der Gesamtpartei und ä. m. als notwendige Maßnahmen bezeichnet, um das Parteileben anzuregen.²⁵ Als Instru-

24 Siehe W. I. Lenin: IX. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), 22.-25.9.1920. Rede über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus, 24. September, in: Ders., Werke, Ergänzungsband 1917-1923, S.201.

25 Siehe Rezolucija po voprosam partijnogo stroitel'stva, in: KPSS v rezolucijach i

ment der demokratischen Kontrolle der Partei (auch seitens der Nichtparteimitglieder) beschloss die IX. Parteikonferenz (nach dem Vorbild der bebel'schen Sozialdemokratie²⁶) außerdem die Bildung einer Kontrollkommission neben dem ZK, deren Aufgabe es sein sollte, Beschwerden über Kommunisten, besonders solcher in leitenden Funktionen von Partei und Staat, nachzugehen und Veränderungen zu veranlassen. Auch das fand Lenins volle Unterstützung.

Lenins Ergänzungen zu diesen Beschlüssen betrafen (1) die unbedingte Notwendigkeit von Maßnahmen zur Entwicklung der Initiative der Parteimitglieder; (2) das Schaffen gedruckter Diskussionsorgane, „die in der Lage sind, systematischer und umfassender an den Fehlern der Partei Kritik zu üben sowie überhaupt Organe der Kritik innerhalb der Partei zu sein“; (3) die Forderung, exakte praktische Richtlinien gegen das Entstehen materieller Ungleichheit zwischen verantwortlichen Parteiarbeitern und Partei- und Nichtpartei Massen auszuarbeiten, einer „Ungleichheit, die den Demokratismus verletzt, die den Nährboden für eine Zersetzung der Partei bildet und zum Absinken der Autorität der Kommunisten führt“; (4) die vom Parteitag zu wählende Kontrollkommission sollte aus besonders erfahrenen, unvoreingenommenen Genossen bestehen, die in der Lage sind, eine streng parteimäßige Kontrolle auszuüben.²⁷ Im Beschlussentwurf des Politbüros des ZK vom 20. Oktober 1920 nannte Lenin die geplante Kontrollkommission „ein wirkliches Organ des proletarischen und Parteigewissens“, forderte, sofort mit der Herausgabe eines „Diskussionsblattes“ zu beginnen, und empfahl als eine besondere Aufgabe der Kontrollkommission ein „aufmerksames individuelles“ Herangehen an Genossen der Opposition.²⁸

Im scheinbaren Widerspruch zu diesen Beschlüssen und Aussagen Lenins steht die Resolution des X. Parteitages der KPR/B zur Einheit der Partei vom März 1921. Worum ging es aber dabei? Es ging um „die Einheit und Geschlossenheit ihrer (der Partei) Reihen, die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert“. Diese Einheit sei „im gegenwärtigen Augenblick“ besonders notwendig, da „eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt“. Bei dem Fraktionsverbot ging es um die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Fraktionsbildung vom Standpunkt der Parteieinheit, d. h. ihrer Willens- und Aktionseinheit. Fraktionsbildung definierte Lenin als „die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen“.

rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK, Moskau 1983, Bd.2, (1917-1922), S.323, 325-327, 329-334 (Übersetzung a.d. Russ. - U. Pl.).

26 Siehe W. I. Lenin: Rede über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus (auf der IX. Gesamtrussländischen Konferenz der KPR/B): „In der deutschen Arbeiterpartei hat es auch früher eine Kontrollkommission gegeben.“, in: Ders., Werke, Ergänzungsband 1917-1923, S.204.

27 Ebenda, S.206f.

28 Ebenda, S.216.

In der Praxis führe das dazu, „dass die einmütige Arbeit geschwächt wird“, was der Konterrevolution nutze. Als Mittel des Kampfes gegen die Fraktionsbildung bezeichnete er „die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei“, die so gehandhabt werden müsse, „dass jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird“. Jeder, der Kritik übt, sollte außerdem die Lage der Partei, die von Feinden umgeben sei, berücksichtigen und durch seine eigene unmittelbare Arbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder korrigiert werden.²⁹

Verbot der Fraktionsbildung hieß also nicht Verbot der Kritik an der Partei und der Parteiführung. Im Gegenteil, gerade diese Kritik sollte ein Mittel der angestrebten Einheit der Partei sein. Diskussion, Kritik, Kontrolle der gefassten Beschlüsse sollten aber – wegen der Einheit des Parteiwillens und -handelns – nicht in fraktionellen Gruppen erfolgen, sondern „ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder“ zugeleitet werden. Eben zu diesem Zweck sollten regelmäßig besondere Diskussionsblätter, Sammelbände u.ä. herausgegeben werden. Zum Umgang mit der geäußerten Kritik hieß es in der Resolution: Indem der Parteitag jegliche Fraktionsbildung ablehne und das ZK beauftrage, sie auszumerzen, erklärt er gleichzeitig, dass „hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z. B. der Gruppe der sog. ‚Arbeiteropposition‘, auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. –, alle wie auch immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen“.³⁰

Es ging also auch hier um die Einheit des Willens, der Aktion, die Lenin unter den damaligen konkreten Umständen durch Fraktionsbildung gefährdet sah, – bei gleichzeitiger Diskussion kritischer Einwände zur Politik der Partei und sachlicher Prüfung der dabei gemachten Vorschläge.

Die Definition aus dem Jahre 1906 blieb also gültig. Im Verhältnis Mitglieder-Führung war Vertrauen die zentrale Kategorie. Kriterium für die Richtigkeit der Parteilinie war die praktische Erfahrung, auch und gerade die Erfahrung der werktätigen Massen und – wiederum – deren Vertrauen zur kommunistischen Partei.

4. Die Pervertierung des Disziplinbegriffs unter Stalin

Parteidisziplin erwies sich im 20. Jahrhundert als der zentrale Punkt im Verhältnis Persönlichkeit-kommunistische Bewegung-Parteiapparat.³¹ Die autoritäre

29 W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei, in: Ders. Werke, Bd. 32, S.245-248.

30 Ebenda, S.247f.

31 Siehe dazu Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck: Persönlichkeit - Bewe-

Handhabung der Parteidisziplin durch den Parteiapparat gehörte zu dem Mechanismus, der die Deformation der kommunistischen Bewegung seit Mitte/Ende der 20er-Jahre bewirkte. Dabei beriefen sich die Akteure der Deformation damals und berufen sich die Kritiker der kommunistischen Bewegung heute auf Lenin, auf sein Disziplinverständnis, – und das, wie oben ausgeführt, zu unrecht. Demokratische, von der emanzipatorischen Idee der Persönlichkeitsbefreiung geleitete Kommunisten verstanden – mit Lenin – die Parteidisziplin als eine freiwillige, bewusste, konkrete, Widerspruch vertragende und akzeptierende, die selbständig denkende Persönlichkeit bejahende, auf ihr gründende, nur durch sie lebendige Disziplin. Für dieses Verständnis standen Kommunisten wie Willi Münzenberg.

In der KPdSU, der KI und ihren Parteien (subsumiert im Begriff Parteikommunismus) setzte sich nach Lenins Tod das Disziplinverständnis in einem der ursprünglichen Sinne dieses Wortes durch: (lat.) Zucht/Ordnung; also Disziplin als Zwang, eigenes Denken und Widerspruch ausschließender Gehorsam gegenüber der Führung, abstrakt, autoritär, die Persönlichkeit negierend und in „der Sache“ auflösend. Diese Art Disziplin war die Achse eines bürokratischen und patriarchalen Parteiverständnisses.

Den grundlegenden Widerspruch im Disziplinverständnis hatte Münzenberg in der Erklärung über die Gründe seines Austritts aus der KPD, veröffentlicht am 10. März 1939, mit den Worten zusammengefasst: Es ginge um „Grundbegriffe der innerparteilichen Demokratie“ und um die „Auffassung über das Verhältnis der Partei zu dem einzelnen Mitglied“. Denn, so seine Argumentation, die proletarische Revolution könne nur von Menschen gewonnen werden, „und zwar von solchen Menschen, die von der Richtigkeit der durch eigene Erkenntnisse gewonnenen Ideen überzeugt sind und in *freiwilliger* revolutionärer Disziplin die größten Leiden und Opfer auf sich nehmen [...] Mit reglementierten, kommandierten und schikanierten toten Seelen ist der revolutionäre Krieg nicht zu gewinnen“. Er, Münzenberg, habe geglaubt, „die Anerkennung dieser politischen

gung - Partei. Impressionen aus biographischer Forschung zum Thema Persönlichkeit im stalinistischen Parteiverständnis der dreißiger Jahre, in: Utopie kreativ, Berlin, H. 37/38, November/Dezember 1993, S.159-166; Dies.: Ausschluss der Persönlichkeit - Grundsatz stalinistischen Parteiverständnisses, in: Wolfgang Gehrke (Hrsg.): Stalinismus - Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Bonn 1994, S.67-93; Dies.: Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus - eine Grundlage des Massenterrors, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Moskau 1938. Szenarien des großen Terrors, Schkeuditz 1999, S.29-41; Dies.: Massenterror, Einzelschicksal und Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus, in: Ulla Plener (Hrsg.): Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Von Oleg Dehl unter Mitarbeit von Natalia Mussienko, mit einem Beitrag von Simone Barck über eine unbekanntes Bibliographie der Moskauer „Deutschen Zentral-Zeitung“, Berlin 2000, S.365-381; Dies.: Der Massenterror: Fiktionen, Fakten, Folgen. Ein Nachwort, in: Ulla Plener/Natalia Mussienko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938, Berlin 2006, 2. Auflage 2007, S.149-168.

Prinzipien innerhalb der kommunistischen Partei, wenigstens eine freie und öffentliche Diskussion in ihrem Rahmen erreichen zu können.“ Er habe sich geirrt.³²

Die bürokratisch gehandhabte Disziplin wurde zum Gesetz der Linientreue, mündete in das Entweder-Oder-Denken und sicherte das Meinungsmonopol der jeweiligen Führung. Das Mitglied als eigenständig denkende Persönlichkeit war ausgeschlossen, es wäre sonst nur ein Störfaktor gewesen.³³

Die Anforderung der Linientreue – willkürlich gehandhabt entsprechend den aktuellen Vorgaben der jeweiligen Parteiführung – mündete in den geistigen Terror. Parteidisziplin als Pflicht zur Linientreue bedingte schließlich die Gefolgschaft auch bei Terrormaßnahmen: ob organisatorischer oder geistiger Art in der Partei – oder Repressionen seitens des Staates.

Die bürokratische, autoritäre Disziplin, durchgesetzt von dem im Auftrag der bestimmenden Parteiführer agierenden Apparat, schuf den Mechanismus, der die Deformation kommunistischer Parteien seit Mitte/Ende der 20er-Jahre bewirkte – und dem Terror freien Lauf ließ.

Den Inhalt der Stalinisierung der kommunistischen Parteien, die der Komintern angehörten, machte eben und vor allem die völlige Umkehrung des Leninschen Disziplinbegriffs aus: seine Ausdehnung über die Einheit der Aktion hinaus auf die Einheit des Denkens und damit Reduktion auf Gehorsam gegenüber der (jeweiligen) Parteiführung, die für sich das Wahrheits- und Meinungsmonopol beanspruchte, Fragen und Diskussion als ideologische Abweichungen diffamierte und bis hin zum physischen Terror ahndete. Anstelle des Vertrauens als Grundanforderung an die Parteidisziplin trat das allseitige Misstrauen als innerparteiliche Norm. Unter dem Vorwand der „eisernen Disziplin“ wurde die Persönlichkeit des einzelnen Parteimitglieds, seine Eigenständigkeit und schöpferische Selbsttätigkeit negiert. Bezogen auf die Partei war das ein wesentliches Kennzeichen des Stalinismus. Das stalinistische, also die Persönlichkeit ausschließende, Disziplinverständnis bildete den Ecksteinen der persönlichkeitsnegierenden Normen des Parteikommunismus.

Zusammengefasst:

1. Grundlagen für Parteidisziplin in einer sozialistisch orientierten Partei bilden ihr Programm und ihre Organisationsstatuten. Parteidisziplin – das heißt (mit

32 Zit. nach Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Leipzig 1991, S.465 (Hervorhebung im Original).

33 Peter Weiss lässt Hodann im Gespräch mit Münzenberg sagen: Für ihn sei kein Platz mehr in der Partei, „wohl weil du schreibst, das Kostbarste in der Partei sei der Kämpfer, das Mitglied, der Mensch. Das ist eine Beleidigung der allmächtigen Führung. Und wie kannst du heute eintreten für die Meinungsfreiheit, für Unabhängigkeit. Das ist Mangel an Parteilichkeit, ist Ausflucht, um die 3. Internationale, die SU kritisieren zu können. Unabhängigkeit ist wertlos heute, da es nur das Entweder-Oder gibt.“ (Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman, Frankfurt/M. 21983, Bd. II, S.56; siehe auch Disput über Parteidisziplin unter Interbrigadisten in Spanien, in: ebenda, S.222-228.)

-
- Bebel, Rosa Luxemburg, Lenin), Parteiprogramm und die Beschlüsse der Gesamtpartei zur Anwendung zu bringen.
2. Bei der Disziplin geht es um die Einheit des Willens der Partei in der Aktion. Die Einheit in der Aktion ist die Messlatte für Disziplin.
 3. Sie bedeutet zugleich: nicht Einheit des Denkens, sondern Freiheit der Diskussion und der Kritik vor der Aktion.
 4. Die Disziplin kann nur eine freiwillige, sich auf Vertrauen gründende, die Persönlichkeit des Mitglieds achtende, seine Selbsttätigkeit fördernde sein.